

22. Juni 2009:

Mediales Trommelfeuer gegen die pro-Bewegung

„Irrlicht“ Schmalenbergs Märchenstunde immer peinlicher!

Der 30. August, Tag der Abrechnung mit der etablierten Kommunalpolitik, steht vor der Tür. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wollen die verkrusteten politischen Strukturen und Verhältnisse an Rhein und Ruhr und insbesondere auch in Köln nachhaltig durch eine Stimmabgabe für pro Köln oder pro NRW verändern. Sie haben die Nase voll von einer politischen Klasse, die weltfremd und handlungsunfähig ist und nichts produziert, außer Skandale, Schulden und heißer Luft!

Weil dies so ist, muss die pro-Bewegung derzeit mit unglaublichen öffentlichen Beschimpfungen, Diffamierungen und Stigmatisierungen leben. Der politische Gegner samt seiner medialen Helfershelfer verliert angesichts des sich immer mehr abzeichnenden Wahlerfolges der pro-Bewegung offenkundig die Nerven. So widmet ausgerechnet der Kölner Stadtanzeiger heute die Seite 3 seines Hauptteils ganz dem Kampf gegen pro NRW.

Wer vom Schreiberling Schmalenberg jedoch eine auch nur einigermaßen sachliche Auseinandersetzung mit dem von ihm so gepflegten Feindbild pro NRW erwartet hat, wird sehr schnell enttäuscht. Schmalenberg durfte heute stereotyp und kübelweise wahrheitswidrige Jauche gegen den nonkonformen Mitbewerber von Rechts verspritzen. Jeder durchschnittliche Schülerzeitungsredakteur hätte dies besser und sachlicher gekonnt!

Völlig nachrangige Personen, von denen sich pro NRW teilweise schon vor Jahren getrennt hat, werden nun zum wiederholten Male als Kronzeugen gegen die demokratische Integrität von pro NRW wider besseres Wissen aufgeführt. Ähnliche sogenannte "Enthüllungen" sind von Schmalenberg bereits vor Monaten veröffentlicht worden. Offenbar gehen ihm nun auch noch die letzten fragwürdigen Argumente aus.

Junge aufstrebende politische Formationen ziehen unstreitig gerade in der Gründungszeit auch Glücksritter und politische Irrlichter an - mit und ohne staatlichen Auftrag. Selbstverständlich waren auch pro NRW bzw. pro Köln hiervon nicht verschont. Sobald dies erkannt wurde, hat man sich jedoch unverzüglich von entsprechenden fragwürdigen Personen getrennt. Es wurde ein sauberer Schnitt gezogen. Auch dies unterscheidet pro NRW ganz besonders von den verbrauchten Altparteien. All dies war selbstverständlich auch dem ach so seriösen Stadtanzeiger-Redakteur Schmalenberg seit Monaten bekannt. Dies hindert ihn jedoch nicht daran, Personen wie Henryk Dyker, der pro NRW nach einer Mitgliedschaft von wenigen Monaten aus guten Gründen wieder verlassen hat, als Kronzeugen gegen pro NRW aufzubauen.

Dabei beweist doch gerade die unverzüglich eingeleitete Trennung von Personen wie Dyker & Co. noch einmal eindeutig die demokratische Lauterkeit der pro-Bewegung! Wir sind nur in einem Punkt wirklich radikal; in der Abwehr des Extremismus von Rechts und Links. Peinlich für Schmalenberg ist auch die Tatsache, dass er in seinem Elaborat mit Dieter H. aus Köln einen vermeintlichen Kronzeugen gegen pro NRW aufführt, der niemals der Bürgerbewegung angehört hat. So viel zum seriösen Enthüllungsjournalismus aus Köln!

Eine sachliche Auseinandersetzung mit unseren politischen Inhalten soll nicht stattfinden. Stattdessen versucht der politische Gegner einschließlich seiner

Helfershelfer in den Medien die pro-Bewegung mit falschen Kronzeugen, aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten und teilweise wahrheitswidrigen Behauptungen zu stigmatisieren. Diese Rechnung wird jedoch so nicht aufgehen! Es liegen halt mal wieder ereignisreiche Wochen hinter uns, die uns viel öffentliche Aufmerksamkeit, aber zum Teil auch heftige und bösartige Angriffe beschert haben.

Unsere große Akzeptanz in der Mitte der Bürgerschaft sorgt bei den etablierten Parteien und vielen Medien wenige Wochen vor der Kommunalwahl für heftige Wutausbrüche. So unangenehm wie es manchmal kurzfristig sein mag, so zeigt es doch deutlich, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden! Dies sollten wir immer im Hinterkopf behalten, wenn wieder einmal gegen pro NRW bzw. pro Köln und unsere Funktionäre gehetzt und gelogen wird, bis sich die Balken biegen.

So hat sich Schmalenberg heute auch noch einmal Jörg Uckermann vorgenommen. Jörg Uckermann, früher langjähriger stellvertretender Bezirksbürgermeister und CDU-Chef von Köln-Ehrenfeld, politischer Referent der Konrad-Adenauer-Stiftung, geschätzter Interviewpartner von Presse und Fernsehen aus der ganzen Republik; doch nach seinem spektakulären Wechsel zur pro-Bewegung wegen der Großmoscheedebatte wird nun ein ganz anderes Bild in der Öffentlichkeit von ihm gezeichnet. Er soll als pro-Köln-Fraktionsvorsitzender in Ehrenfeld sozial geächtet und sogar kriminalisiert werden. Ihm soll dafür ein regelrechtes Rabaukenimage angedichtet werden. Der beliebte Kommunalpolitiker und ehrenamtliche Geschäftsführer der Kölner Sportjugend wird offensichtlich abgestraft für seinen „unerhörten Tabubruch“, von der etablierten politischen Klasse zur verfemten Bürgerbewegung gewechselt zu haben. Schmalenberg & Co. wird es jedoch nicht gelingen, die Integrität von Uckermann ernsthaft in Frage zu stellen. Gerade heute gilt es Solidarität mit völlig zu Unrecht angegriffenen Funktionären von pro NRW und pro Köln zu zeigen. Gemeinsam sind wir stark genug, Flagge zu zeigen und auch solche miesen Kampagnen abzuwehren.

In gut zwei Monaten erhalten die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, Multikulti-Verirrungen, Kriminalität und Korruption abzuwählen und noch mehr Vertreter der abgewirtschafteten Altparteien durch unverbrauchte und unbestechliche pro-Aktivistinnen zu ersetzen!

# Politische Irrlichter

Wen die rechtsextreme Partei „Pro NRW“ so alles als Mitstreiter rekrutiert

Bei der Auswahl ist man nur wenig zimperlich. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ nennt einige aktuelle und ehemalige Unterstützer.

VON DETLEF SCHMALENBERG

**Köln** - Er soll ein Hoffnungsträger sein, ein Garant für „patriotische Kommunalpolitik“. Die rechtsextreme Partei „Pro NRW“ hat noch einiges vor mit dem 20-jährigen Tobias Ronsdorf aus Radevormwald. In seiner Heimatstadt ist er Spitzenmann für die Wahl zum Stadtrat, für die Wahl zum oberbergischen Kreistag wurde der Auszubildende auf den zweiten Platz der Reserveliste gesetzt. Und in seiner Gegend habe er zudem einen Regionalverband der Pro-NRW-Jugend aufgebaut, heißt es schwärmerisch auf der Homepage der Ultrarechten: „Jugend braucht Zukunft in unserem Land, und deshalb verdient jeder Jugendliche Hochachtung, der sich aktiv in die Gestaltung der Politik einbringt.“

Ronsdorfs Parteikameraden, die sich vor Begeisterung kaum halten können, hätten mal auf die Internet-Plattform „MySpace“ schauen sollen. Dort hat der Praktiker eine eigene Homepage angelegt. Unter Interessen war bis vor Kurzem „Kickboxen“ eingetragen, in der Rubrik „Helden“ stand „Alle Deutschen Soldaten der Weltkriege!“. Und unter „Bücher“ war Hitlers „Mein Kampf“ zu finden.

„Ja sicher“, das sei seine Homepage, sagte Ronsdorf, als er vom „Kölner Stadt-Anzeiger“ auf die Angelegenheit angesprochen wurde. Von den Einträgen jedoch wisse er nichts. „Ich habe die Seite einigen Kumpels zur Verfügung gestellt. Keine Ahnung, was die mit meinem Account gemacht haben“, behauptete der Nachwuchsfunktionär. Die eigene Homepage mit zahlreichen Fotos den Freunden zur Verfügung gestellt, die bei Bedarf doch selber problemlos einen Account anlegen könnten? Welchen Sinn macht das? „So ist es aber gewesen“, so Ronsdorf kurz, „ich habe da schon lange nicht mehr draufgeschaut.“

Die Einträge im Internet sind mittlerweile verschwunden, die du-

**Ich habe die Seite einigen Kumpels zur Verfügung gestellt. Keine Ahnung, was die da mit meinem Account gemacht haben**

TOBIAS RONSDOFF

biosen Erklärungen des Ultrarechten bleiben. Aber Pro-Köln-Pressesprecher Markus Wiener hat „absolut kein Problem“ mit dem Sachverhalt. „Tobias ist integer, ein engagierter junger Demokrat, einer unserer Spitzenleute. Ich glaube seiner Darstellung“, sagt Wiener auf Anfrage spontan.

Dass sie die Realität abstrus verdrehen, stellen die Politdarsteller der Pro-Bewegung regelmäßig unter Beweis. Wer nicht mitzieht, fällt in Ungnade. Wie der ehemalige Funktionär Rene Emmerich, den Parteichef Markus Beisicht nur „außerordentlich rudimentär“ kennen will und der laut Beisicht, „weder bei Pro Köln, noch bei Pro NRW irgendeine Rolle gespielt“ hat. Emmerich jedoch, der die Partei vor einigen Tagen verlassen hat, wurde noch im November 2008 auf der Homepage der Rechtsextremen als „Bezirksjugendbeauftragter“ für das Rheinland gefeiert.

In einem Brief an den Pro-NRW-Vorstand, in dem der 25-Jährige seinen Austritt begründet, ist von „offensichtlichen Lügen und Luftschlossern aus eurer Propaganda-Mottenkiste“ die Rede. Der Ex-



Gähnende Leere: Bei der ersten „Anti-Islamisierungskonferenz“ im September 2008 wartet ein versprengter Haufen von „Pro NRW“-Anhängern auf dem Heumarkt auf Gesinnungsgenossen.

BILDER: GRÖNERT

liche Kundgebung zur „Anti-Islamisierung“ mit etwa 150 Anhängern, die die Pro-Funktionäre vor wenigen Wochen vollmundig zum „phänomenalen Erfolg“ und zur „historischen Stunde“ für ihre Partei mit 1000 Teilnehmern umdichten wollten.

In der Emmerich hingegen spricht von einer „Blamage“ sowie von „Erfolg- und Hilfslosigkeit“. „Ständig werden völlig absurde Teilnehmerzahlen und sonstige Erfolge von euch herbeigejagelt“, so der „Abtrünnige“, der sich laut Internetbeiträgen mittlerweile den Extremisten um den Kölner Neonazi Axel Reitz angeschlossen haben soll.

Aktivisten wie Tobias Ronsdorf und René Emmerich passen ins Profil der Pro-Verantwortlichen. Auf der Suche nach Mitstreitern waren sie schon in der Vergangenheit nur wenig zimperlich. Politische Irrlichter waren ebenso unter den Unterstützern wie Rechtsextremisten. Recherchen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ beispielsweise haben gezeigt, dass bekannte Neonazis und NPD-Kader immer wieder auf Demonstrationen von „Pro Köln“ und deren politischem Vorgänger „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ zu sehen waren.

Beispiele sind leicht zu finden. Eine Auswahl aktueller und ehemaliger Unterstützer zeigt, mit welcher zweifelhafter Klientel man es hier zu tun hat:

● Die Rassistin Petra Edelmannova, Vorsitzende der tschechischen Splitterpartei „Narodni Strana“ (NS), war eine Hauptrednerin auf den Pro-Kundgebungen im Mai. In einem Wahlkampf-Spot zur Europawahl im öffentlichen rechtlichen tschechischen Fernsehen hatte die ultrarechte Partei nach Presseberichten eine „Endlösung der Zigeunerfrage“ versprochen, in offensichtlicher Anspielung an die „Endlösung der Judenfrage“ im Dritten Reich. Die NS warb in dem Film zudem für einen „Stopp der Negerflut“ sowie einem „Nein zur Bevorzugung von Ausländern“. Die Tiraden eskalierten in der Forderung: „Wir wollen keine Parasiten unter uns“. Das tschechische Fernsehen nahm den Spot schließlich aus dem Programm.

● Gegen den Kölner Pro-Funktionär

Strafanzeigen vor. Er soll gespuckt und eine falsche eidesstattliche Versicherung abgelegt haben, was Uckermann bestreitet.

● Gegen den Pro-NRW-Funktionär und Kölner Stadtrat Bernd Schöppe ermittelt momentan die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen „Wahlertäuschung“. Er soll sich in Meerbusch als städtischer Mitarbeiter ausgegeben haben, um sich nötige Unterstützertestschriften für seine Kandidatur als Landrat zu verschaffen. Schöppe bestreitet die Vorwürfe.

● Es sind Fotos aufgetaucht, die den Ehrenfelder Pro-Köln-Bezirksvertreter Heinz Kurt Täubner mit Hakenkreuz-Devotionalien bei einer Geburtstagsfeier für Adolf Hitler zeigen sollen. Täubner, der die Vorwürfe bestreitet, hat im August 2008 angekündigt, gegen „die Verursacher dieser ehrabschneidenden“ Behauptungen „unverzüglich gerichtlich vorzugehen“. Dies jedoch ist bis heute nicht geschehen.

● Dieter Hillgruber, ehemaliger Pro-Köln-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung Chorweiler, hat sein Amt mit privaten Belangen verquickert. Er suggerierte in Anfragen an die Stadtverwaltung durch Formulierungen wie „viele Bürger berichten“ ein öffentliches Interesse. Oft jedoch drehten sich die Schreiben, in denen die Behörden zu seitenlangen Stellungnahmen aufgefordert wurden, jedoch um seine bizarren Privatstreitigkeiten mit Nachbarn. Dabei ging es unter anderem um Äste, die angeblich zu weit in Hillgrubers Garten ragten. Warum er denn die Nachbarin mit den

angeblich störenden Ästen nie angesprochen habe, um eine einvernehmliche Lösung zu finden, wollte der „Kölner Stadt-Anzeiger“ wissen. „Weil sie Jüdin ist“, antwortete Hillgruber.

● Dieter Danielzick aus Troisdorf, stellvertretender Vorsitzender von „Pro NRW“, war bis zum Dezember 2007 Generalsekretär des „Bündnis für Deutschland“ (BfD), das zuletzt im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht des Jahres 2006 als „fremdenfeindliche, vorteilsschürende“ Splitterpartei „des rechtsextremistischen Spektrums“ eingestuft wurde.

**Das BRD-Regime ist illegal und muss durch einen Verlebensvorgang in die organische Ganzheit wieder eingefügt werden**

HENRYK DYKER

Auf der Homepage dieser obskuren Organisation wurde unter anderem das Buch „Freimaurersignale in der Presse“ empfohlen. Im Klappentext heißt es, ungefähr neun Zehntel aller geheimen Nachrichten und Befehle der „Synagoge Satans“, gemeint sind die Freimaurer, würden „über die Massenmedien, hauptsächlich durch Signalfotos in der Presse, weitergegeben“. Nur wer diese „Geheimsignale kennt und sorgfältig beachtet“, könne erfah-

ren, „was in Politik, Wirtschaft, Kultur und sogar Sport (!) wirklich gespielt wird“ und wer der „Satanssynagoge“ angehöre.

● Auch mit einem ehemaligen Repräsentanten aus Duisburg hatte die Pro-Bewegung in der Vergangenheit nur mäßiges Glück. Der Apotheker Henryk Dyker veröffentlichte auf seiner Homepage ein „höheres Rechtsgutachten der evolutionären, volksnahen Gesundheitseinrichtung Sonne und Erde“, in dem es unter anderem hieß: „Das BRD-Regime ist illegal und muss durch einen Verlebensvorgang in die organische Ganzheit wieder eingefügt werden.“

Nicht nur national, auch international umgab man sich mit fragwürdigen Gestalten:

● Pro-Chef Beisicht beispielsweise trat im November 2007 in Graz gemeinsam mit der FPÖ-Spitzenkandidatin Susanne Winter auf. Obwohl die ultrarechte Demagogin einige Monate später von einem „islamischen Einwanderungs-Tsunami“ sprach, den es „zurückzuwerfen“ gelte, und sich außerdem noch zu der Behauptung verstieg, Kindesmissbrauch sei bei muslimischen Männern „weit verbreitet“, bezeichnete Beisicht die Wahlkampfkampagne der „verantwortungsbewussten Politikerin“ als „vorbildlich und absolut nachahmenswert“.

● Auch mit dem belgischen Rechtsextremisten Bart Debie wurde „Vlaams Belang“ gab es zahlreiche Treffen. Debie, laut „Pro Köln“ ein „früherer Elitopolizist“, wurde im Frühjahr 2008 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Unter anderem hatte er sich der mehrfachen Körperverletzung im Dienst schuldig gemacht. Meist soll es Ausländer getroffen haben.

● Mit führenden NPD-Funktionären wurde im September 2007 auf Einladung der ehemaligen ITS-Fraktion im Straßburger Europaparlament die Erklärung „Für ein Europa der Vaterländer“ verabschiedet. Dabei war beispielsweise der NPD-Extremist Udo Pastörs, der die Nazi-große Rudolf Heß mit dem Friedensnobelpreisträger Mahatma Gandhi verglichen hat und zu Adolf Hitler meinte: „Er ist ja ein Phänomen gewesen dieser Mann, militärisch, sozial, ökonomisch – er hat ja wahnsinnige Pflöcke eingerammt“

## Entführte wollten missionieren

Deutsche Familie verband im Jemen Klinik- mit christlicher Überzeugungsarbeit und bekam deshalb Probleme.

VON RALPH SCHULZE

Der Nebel um das Geiseldrama im Jemen lichtet sich. Die Ermordung von drei Frauen und die Entführung einer fünfköpfigen deutschen Familie sowie eines britischen Ingenieurs wurde offenbar aus religiösem Fanatismus von islamistischen Extremisten begangen. Das Verbrechen richtet sich, nach allem, was man bisher weiß, gegen unerwünschte christliche Missionsarbeit, die im humanitären Einsatz der Ausländer gesehen wurde.

Wie inzwischen bekannt wurde, gelten alle Opfer als tiefreligiös und haben sich bei christlichen Missionswerken auf ihren Einsatz im Jemen vorbereitet. Das niederländische Hilfswerk „Worldwide Services“ (WWS), das die humanitäre Hilfsarbeit in einem staatlichen Krankenhaus in der nordwestlichen Stadt Saada im Jemen organisiert, hat zudem den Ruf, ein medizinisches Missionswerk zu sein. Der christliche Eifer der Helfer hatte, wie jemenitische Medien berichteten, bereits vor der Tat zu religiösen Spannungen am Einsatzort in der Provinzhauptstadt Saada geführt.

WWS ist nach Angaben der britischen „Times“ mit dem Internationalen Missionswerk WEC („Worldwide Evangelization for Christ“) vernetzt. WWS-Chef Paul Lieverse firmiert zugleich als Führungsmittelglied von „Medici Missionare“, eine Stiftung, welche sich der „medizinischen Missionsarbeit“ widmet. Das globale Missionswerk WEC, das im deutschsprachigen Raum „Weltweiter Einsatz für Christus“ heißt, unterstützt und vermittelt Missionare in Hospitäler auch in der arabischen Welt, um dort „die Leidenschaft für Gott“ zu entfalten.

In der Klinik in Saada waren der Deutsche Johannes H. und seine Frau Saide (beide 36) beschäftigt. Die beiden, berichtete der „Spiegel“, sollen sich beim Missionswerk WEC auf ihren Einsatz als Hausarzt und Krankenschwester vorbereitet haben. Genauso wie der mit ihnen verschwundene britische Ingenieur.

**Geiseln sollen noch leben**

Die Geiseln befinden sich nach Einschätzung westlicher Geheimdienste in der Hand von Islamisten aus dem Dünkreis des Terrornetzwerks El Kaïda. Nach Angaben des jemenitischen Innenministers Mutahar al-Masri habe seine Regierung „Informationen, dass die sechs Geiseln noch leben“.

Auch die drei ermordeten Frauen hatten eine missionarische Ausbildung durchlaufen, und zwar auf professionellem Niveau: Die beiden deutschen Todesopfer, Anita G. (24) und Rita S. (25) waren Studentinnen der Bibelschule Brake, die auf die Evangelisierungsarbeit im Ausland vorbereitet und mit dem Missionswerk WEC zusammenarbeitet. Die getötete Südkoreanerin Eom Young-sun (34) hatte Theologie studiert und sich dann beim WEC für die Missionstätigkeit fortgebildet.

Nach Angaben des „Spiegel“ liegen auch ihm Krisenstab in Berlin Erkenntnisse vor, dass die deutschen Helfer durch Missionsversuche im jemenitischen Norden für Unfrieden gesorgt hatten: Sowohl von Johannes H. wie auch von den beiden deutschen Praktikantinnen seien entsprechende Dokumente aufgetaucht.

Am 12. Juni hatte die insgesamt neunköpfige Ausländergruppe Saada zu einem Ausflug ins bergreiche und unwegsame Hinterland verlassen. Zeugenangaben zufolge wurden von „drei bärtigen Männern“ überfallen.